



## Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die  
7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses  
am 11.11.2014  
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

### Teilnehmer:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Willi Bargfrede  
Abg. Kurt Buck  
Abg. Dirk Detjen  
Abg.e Angelika Dorsch  
Abg. Erich Gajdzik  
Abg. Wolfgang Harling  
Abg. Gerhard Holsten  
Abg.e Marianne Knabbe  
Abg. Thomas Lauber  
Abg. Uwe Lüttjohann  
Abg. Klaus Mangels  
Abg. Gerhard Oetjen  
Abg. Bernd Sievert

Vertretung für Abg.e Elke Twesten

#### **Verwaltung**

Landrat Hermann Luttmann  
KR Sven Höhl  
Dipl. Kfm. Axel Bolz  
VA Rainer Bruns  
Frau Annette Panzer  
Frau Ute Pommerien

Entschuldigt:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg.e Elke Twesten

## **Tagesordnung:**

### **a) öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung am 03.12.2013
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Einbringung Haushaltsplan 2015  
Vorlage: 2011-16/0873
- 6 Berichte und Anfragen

### **a) öffentlicher Teil**

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vorsitzender Holsten** eröffnet die 7. Sitzung des Finanzausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt Landrat Luttmann und weitere Vertreter der Verwaltung und ist erfreut über das Interesse der anwesenden Pressevertreter.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung am 03.12.2013**

---

### **Beschluss:**

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Finanzausschusses am 03.12.2013 wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

Berichte über wichtige Angelegenheiten liegen nicht vor.

**Kreisrat Höhl** stellt die Rahmenbedingungen zum Entwurf des Haushaltes 2015 sowie die wegen seiner Bedeutung hervorzuhebenden Positionen vor.

*(Die Graphiken zum Vortrag von Kreisrat Höhl sind im Sitzungsdienstprogramm abrufbar.)*

Trotz der positiven konjunkturellen Lage der letzten Jahre sei die Zahl der defizitären Landkreis-Gesamthaushalte immer noch sehr hoch; in Niedersachsen sei dies noch bei 16 von 38 Landkreisen der Fall. Aufgrund der korrigierten Prognosen in der Entwicklung des Bruttoinlandproduktes sei in den kommunalen Finanzen nicht mit einer Besserung zu rechnen. Der Bund habe inzwischen einen Gesetzentwurf zur Entlastung der Länder und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung vorgelegt. Dieser wirke sich für den Landkreis durch einen Zuschlag auf die KDU-Erstattung (rd. 664 T€ f. 2015) sowie in der Kreisumlage 2016 durch Erhöhungen beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer aus.

Zum Verlauf des Haushaltes 2014, so **Kreisrat Höhl**, sei anzumerken, dass dieser vermutlich nur einen geringen Überschuss ausweisen werde. Daher werde auch kaum Spielraum für weiteren Schuldenabbau vorhanden sein.

**Kreisrat Höhl** erklärt, der Haushalt 2015 werde durch die Hauptthemen Krankenhäuser, Kreisschulbaukasse, Jugendhilfe und Kitakosten, Asylbewerberleistungsgesetz sowie Personalkosten geprägt. Für die Krankenhäuser in Bremervörde und Zeven sei ein Betrag von 6,3 Mio. € vorgesehen (2014: 6,4 Mio. €). Dieser sei zur Sicherung der Liquidität und Investitionen sowie für Aufwendungen bei der Partnersuche zwingend erforderlich. Die Aufwendungen in der Jugendhilfe hätten sich seit 2005 fast verdoppelt. In den Jahren 2014 und 2015 würden sich insbesondere die Beschlüsse zur Inklusion im Produkt Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder auswirken. Die Ausgaben für Kindertagesstätten und –krippen würden nochmals steigen, da inzwischen alle Einrichtungen fertig gestellt und die neue mit den Gemeinden getroffene Vereinbarung in Kraft getreten sei. Im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes sei im Jahr 2014 mit einer weiteren Zuweisung von Flüchtlingen zu rechnen.

**Abg. Lauber** erkundigt sich nach den Verhandlungen zwischen Bund und Länder in dieser Angelegenheit. **Dipl.-Kfm. Bolz** erläutert hierzu, dass die ausgezahlte Fallpauschale zwar für 2015 erhöht werde, diese sich jedoch auf die Anzahl der Fälle aus dem Vorvorjahr beziehe. Diese pauschale Zuweisung würde auf keinen Fall die hohen Krankheitskosten abdecken die durch die Aufnahme der Flüchtlinge entstehen würden.

**Kreisrat Höhl** erläutert, dass der Anstieg der Personalaufwendungen auf die beschlossenen Erhöhungen der Bezüge sowie auf die Kosten für 10,79 neue Stellenanteile insbesondere im Sozial- und Jugendhilfebereich zurückzuführen sei.

Die Kreisschulbaukasse werde zu zwei Dritteln vom Landkreis und zu einem Drittel von den Gemeinden gespeist. Zu dem Volumen würden dann noch die Einzahlungen aus Darlehensrückflüssen kommen. Die angemeldeten Maßnahmen erfordern für 2015 ein Volumen von 10,1 Mio. €. 2016 sei ein weitaus höherer Betrag nötig, so dass evtl. über eine reine Darlehensfinanzierung nachgedacht werden sollte.

Zur Finanzierung der vielseitigen Ausgaben würden insbesondere die Einnahmen aus dem Finanzausgleich zur Verfügung stehen. Die Steuerkraftmesszahl für Umlagen 2015 sei zwar gestiegen; da jedoch die Schlüsselzuweisungen sowohl für die Gemeinden als auch für den Landkreis noch nicht feststehen, sei eine vorsichtigere Einnahmeschätzung erfolgt mit dem Ergebnis, dass weiterhin ein Kreisumlagehebesatz von 49.v. der Umlagegrundlagen zu erheben sei.

Die freiwilligen Leistungen würden, so **Kreisrat Höhl**, ungefähr 3,73 % des Ergebnishaushaltes ausmachen. Diese Quote sei insbesondere bei der Genehmigung des Haushaltes durch das Nds. Innenministerium von Bedeutung und dürfe daher nicht außer Acht gelassen werden. *(Eine Aufstellung über vorliegende Anträge der Vereine und Verbände für 2015 kann im Sitzungsdienstprogramm abgerufen werden.)*

Der seit Jahren verfolgte Schuldenabbau kann nicht fortgeführt werden. Die Investitionen von ca. 38 Mio. € seien nur durch eine Netto-Kreditaufnahme von ca. 9 Mio. € finanzierbar. Durch die zuvor aufgezeigten hohen Belastungen sind Handlungsspielräume kaum gegeben. Mögliche Mehreinnahmen bei Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage sollten zur Begrenzung der Neuverschuldung eingesetzt werden.

**Abg. Harling** dankt der Verwaltung für den vorgelegten Entwurf und die sorgfältig zusammengestellten Erläuterungen. Der Schwerpunkt des Haushaltes 2015 liege im Investitionsbereich. Es sei richtig, in die Zukunft der Krankenhäuser zu investieren um für alle Bürger eine angemessene Grund- und Notfallversorgung sicherzustellen. Die guten Bildungsangebote der Kommunen würden unweigerlich zum Anstieg der Ausgaben der Kreisschulbaukasse führen. In diesem Zusammenhang erinnert er an den Investitionsstau in den Schulen. In Anbetracht der rückläufigen Konjunktur sollte sich der Landkreis antizyklisch verhalten; dies sollte in den kommenden Beratungen berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund sei der geplante Schuldenanstieg vertretbar. Auch aus seiner Sicht sind strategische Handlungsspielräume nicht gegeben.

**Abg. Gajdzik** lobt den Haushalt 2015 als ein komplexes Werk, das die im Vorbericht genannten strategischen Ziele und generationsgerechte Planung widerspiegelt. Es müsse eine strikte Haushaltsdisziplin gewahrt werden, um im Fall einer Korrektur der Ertragsprognosen nach unten umgehend reagieren zu können. Die Aufwendungen für die Personalkosten seien zwar ein riesiger Posten, aber eine gute Verwaltung benötige Mitarbeiter in ausreichender Zahl. **Abg. Gajdzik** ist überzeugt, dass die Gemeinden den Kreisumlagehebesatz akzeptieren. Er bittet alle Abgeordneten, in den kommenden Haushaltsberatungen Haushaltsdisziplin zu wahren.

**Abg. G. Oetjen** hält den Wiedereinstieg in die Verschuldung nicht für generationengerecht. Bei der Kreisschulbaukasse sollte versucht werden, den Gemeinden Zurückhaltung aufzuerlegen wie z. B. durch die angedachte Darlehensfinanzierung. Den Anstieg der Personalkosten sollte man durchaus genauer betrachten und prüfen, ob wirklich alle Stellen gebraucht werden oder ob eine Umschichtung stattfinden kann.

**Landrat Luttmann** erklärt, der nächste Finanzausschuss werde sich mit den EVB-Anteilen beschäftigen müssen. Eine entsprechende Vorlage werde zugehen. Bezüglich der Schulentwicklung sei er froh, dass der Landkreis bei den kreiseigenen Schulen vor dem Hintergrund der Schülerzahlentwicklung nicht immer allen Maßnahmen zugestimmt habe. Sonst würden jetzt Räume leer stehen. Die geplanten Ausgaben für die Gymnasien seien gerechtfertigt, um die kreiseigenen Schulen so auszustatten wie die gemeindlichen Schulen. Zu den Kosten der Krankenhäuser erklärt er, dass er sich nicht vorstellen könne, über einen längeren Zeitraum Defizite in der jetzigen Höhe abzudecken. Wenn sich nicht an anderer Stelle eine finanzielle Entlastung aufzeige, werde er für den Haushalt 2016 einen höheren Kreisumlagehebesatz vorschlagen.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, bringt **Vorsitzender Holsten** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss nimmt den Entwurf des Haushaltsplanes 2015 (Stand 30.10.2014) zur Kenntnis und verweist ihn in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:

### **Punkt 6 der Tagesordnung: Berichte und Anfragen**

---

Berichte und Anfragen liegen nicht vor. Der öffentliche Teil endet um 15.00 Uhr.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer